



Crashtest

Fährt die Regierung das Gesundheitswesen vor die Wand, um die Robustheit von Gesundheitsberufen und Patienten zu prüfen?

Eine Nullrunde für Arzthonorare und Krankenhäuser – ist das der Weltuntergang? Wenn es doch nur darum ginge, um einen einmaligen Solidarbeitrag in schwieriger Zeit, wie Ulla Schmidt behauptet. Dann ließe sich die Ärzteschaft, dann ließen sich auch die anderen Gesundheitsberufe nicht lange bitten.

Es geht aber um etwas ganz anderes. Die Gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland steht vor objektiven Herausforderungen, vor denen die Regierung versagt: Steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen in einer Gesellschaft des langen Lebens und faszinierende neue Möglichkeiten durch den medizinischen Fortschritt – das ist die eine Seite. Bröckelnde Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch sinkende Lohnquote und politische Ausplünderung der GKV, das ist die andere Seite. Beides passt einfach nicht zusammen, eine Strukturreform einschließlich einer sauberen Finanzierung muss her.

Doch was tut die neu gewählte Regierung? Sie leistet – wie schon in der Steuer- und Rentenpolitik – den Offenbarungseid. Auf die drohenden weiteren Beitragssatzsteigerungen, die sie vor der Wahl noch leugnete, reagiert sie sofort nach der Wahl mit einem so genannten Kostenstopp per Gesetz. Ärzte und Krankenhäuser sollen ihren Beitrag mit der angeblichen Nullrunde leisten, die in Wirklichkeit eine Minusrunde ist.

Was daran schmerzt, ist weniger die Nullrunde selbst. Was daran wirklich schmerzt, ist die Ignoranz, mit der die Gesundheitsministerin über die wirkliche Lage im Gesundheitswesen hinweggeht. Ärzte und Pflegekräfte in der Klinik arbeiten bereits jetzt bis zu 30 Stunden und mehr am Stück. Es wird erwartet, dass sie gegen das Arbeitszeit-Gesetz verstoßen, und es wird vorausgesetzt, dass sie Millionen unbezahlter Überstunden erbringen. Statt eines Dankes zieht die Regierungskoalition nun die Schraube noch weiter an. Und das bedeutet Personalabbau, noch mehr Überstunden und noch weniger Zuwendung für die Patienten.

Angesichts der bereits seit Jahren bestehenden starren Budgetierung des ärztlichen Honorars ist es geradezu zynisch, wenn die Regierung nun ausge-

rechnet von den niedergelassenen Ärzten einen Solidarbeitrag einfordert. Deren Stimmung befindet sich – nach den fortgesetzten Zumutungen der zurückliegenden Jahre verständlich – ohnehin bereits unterhalb des Nullpunkts. Sie sehen sich mehrheitlich – das ergab kürzlich eine Umfrage der *Ärzte Zeitung* – als „GKV-Sklaven“ und „Scheinselbständige“, nur rund 17 Prozent sind mit den Bedingungen ihrer Berufsausübung zufrieden. Der Begriff Freiberuflichkeit löst nur noch ein müdes Lächeln aus.

Und ihr Einkommen halten weniger als 19 Prozent der niedergelassenen deutschen Ärzte für gut, während es in einem vergleichbaren Land wie Österreich 48 Prozent und in der Schweiz 43 Prozent sind. Diese repräsentativen Zahlen müssten doch jeden Gesundheitsminister für die kritische Lage in den Praxen sensibilisieren! Doch was tut Ulla Schmidt: Sie verordnet ein weiteres Minus von durchschnittlich rund 10 Prozent. Das empfinden die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen zu Recht als Schlag ins Gesicht.

Der systematische Kahlschlag im Gesundheitswesen kann nicht ohne Folgen bleiben für die Qualität der Versorgung. Der Versuch, das Gegenteil zu beweisen, kommt einem Crashversuch gleich, bei dem die Verantwortlichen das System vor die Wand fahren, um den Robustheitsgrad von Gesundheitsberufen und Patienten zu testen.

Wenn diese Regierung den Sozialfrieden kündigt und die Konfrontation sucht, dann wird sie diese auch finden. Die im „Bündnis Gesundheit 2000“ zusammengeschlossenen Gesundheitsberufe und die Krankenhausgesellschaft haben bereits im November in Berlin bei einer großen Kundgebung ihren Protest eindrucksvoll demonstriert (siehe auch „Thema“ Seite 11). Wenn der Bundeskanzler unsere Einwände gegen die Regierungspolitik auch künftig als „Gejammere“ und „Lobby-Geschrei“ abtun sollte, erweist er diesem Land keinen Gefallen.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesarztekammer
und der Ärztekammer Nordrhein*